



Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Postfach 141, 30001 Hannover

Frau
Izabela Klinner
BKK Landesverband Mitte
Ernst-Reuter-Platz 3-5
10587 Berlin

Bearbeitet von: Herrn Metzler

E-Mail:
christian.metzler@ms.niedersachsen.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
13.12.2024

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
403.2 43514-5.2

Durchwahl (0511) 120-
5876

Hannover,
17.12.2024

26. Nachtrag zur Satzung des BKK Landesverbandes Mitte

Sehr geehrte Frau Klinner,

als Anlage übersende ich Ihnen eine Ausfertigung des von mir genehmigten 26. Nachtrags zur Satzung des BKK Landesverbandes Mitte in der vom Verwaltungsrat des BKK Landesverbandes Mitte in der Sitzung am 12.12.2024 beschlossenen Fassung.

Ich gehe davon aus, dass die Änderung gemäß § 210 Absatz 1 Satz 4 SGB V in Verbindung mit § 34 Absatz 2 SGB IV öffentlich bekannt gemacht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Metzler

Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nach der Datenschutz-Grundverordnung finden Sie hier:
<https://www.ms.niedersachsen.de/dsg/vo-175384.html>



Dienstgebäude
Hannah-Arendt-Platz 2
30159 Hannover



Behinderten-
parkplatz
am Eingang

Telefon
(05 11) 120-0

Telefax
(05 11) 120-4296

E-Mail
Poststelle@ms.niedersachsen.de

Bankverbindung
Nord/LB (BLZ 250 500 00) Konto 106 021 322
IBAN DE5225050000106021322
BIC NOLADE2HXXX

Genehmigung

Der vom Verwaltungsrat des BKK Landesverbandes Mitte in der Sitzung am 12.12.2024 beschlossene 26. Nachtrag zur Satzung des BKK Landesverbandes Mitte wird gemäß § 210 Absatz 1 Satz 2 SGB V genehmigt.

Hannover, 17.12.2024

Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
403.2 – 43514-5.2

Im Auftrage



26. Nachtrag

zur

Satzung des BKK Landesverbandes Mitte in der Fassung vom 7. Dezember 2023

Art. 1

Die Entschädigungsregelung nach § 7 Abs. 2 der Satzung des BKK Landesverbandes Mitte in der Fassung vom 31. März 2022 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

1. § 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert und ergänzt:

§ 2 Entschädigung für die Teilnahme an einer Sitzung des Verwaltungsrates

- (3) Für jeden Kalendertag einer Sitzung (einschließlich der Vorbesprechungen der Vertreter der Versicherten und der Vertreter der Arbeitgeber) wird ein Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von **90 Euro** gezahlt, sofern es sich um eine Sitzung des Verwaltungsrates bzw. der Vorsitzenden, einer Gruppe von Organmitgliedern als Ausschuss oder einzelner Organmitglieder im Auftrage des Verwaltungsrates handelt. Abweichend hiervon erhält der Vorsitzende eines Ausschusses aus Anlass einer Ausschusssitzung einen Pauschbetrag für Zeitaufwand von **180 Euro**. **Digitale oder hybride Sitzungen (gemäß § 64a SGB IV) sind als Sitzungen im Sinne des § 41 SGB IV zu bewerten. Die Teilnehmenden mittels zeitgleicher Bild- und Tonübertragung erhalten die gleiche Sitzungsvergütung wie die in Präsenz teilnehmenden Mitglieder.**

2. § 6 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

§ 6 Zusätzliche Entschädigung für die Tätigkeiten außerhalb von Sitzungen des Verwaltungsrates

- (3) Als Pauschbetrag für Zeitaufwand für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen (41 Abs. 3 SGB IV) erhalten der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates monatlich je **900 Euro**.

Art. 2

Die Änderungen zu **Artikel 1** treten nach Genehmigung durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zum **1. Januar 2025** in Kraft.

Berlin, den 12.12.2024



Roland Brendel
Vorsitzender
des Verwaltungsrates des
BKK Landesverbandes Mitte



Dr. Wolfgang Hoffmann
Stellvertretender Vorsitzender
des Verwaltungsrates des
BKK Landesverbandes Mitte

Genehmigung

Der vom Verwaltungsrat des BKK Landesverbandes Mitte in der Sitzung am 12.12.2024 beschlossene 26. Nachtrag zur Satzung des BKK Landesverbandes Mitte wird gemäß § 210 Absatz 1 Satz 2 SGB V genehmigt.

Hannover, 17.12.2024

Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

403.2 – 43514-5.2

Im Auftrage



26. Nachtrag

zur Satzung des BKK Landesverbandes Mitte in der Fassung vom 7. Dezember 2023

Art. 1

Die Entschädigungsregelung nach § 7 Abs. 2 der Satzung des BKK Landesverbandes Mitte in der Fassung vom 31. März 2022 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

1. § 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert und ergänzt:

§ 2 Entschädigung für die Teilnahme an einer Sitzung des Verwaltungsrates

- (3) Für jeden Kalendertag einer Sitzung (einschließlich der Vorbesprechungen der Vertreter der Versicherten und der Vertreter der Arbeitgeber) wird ein Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von **90 Euro** gezahlt, sofern es sich um eine Sitzung des Verwaltungsrates bzw. der Vorsitzenden, einer Gruppe von Organmitgliedern als Ausschuss oder einzelner Organmitglieder im Auftrage des Verwaltungsrates handelt. Abweichend hiervon erhält der Vorsitzende eines Ausschusses aus Anlass einer Ausschusssitzung einen Pauschbetrag für Zeitaufwand von **180 Euro**. **Digitale oder hybride Sitzungen (gemäß § 64a SGB IV) sind als Sitzungen im Sinne des § 41 SGB IV zu bewerten. Die Teilnehmenden mittels zeitgleicher Bild- und Tonübertragung erhalten die gleiche Sitzungsvergütung wie die in Präsenz teilnehmenden Mitglieder.**

2. § 6 Abs. 3 wird wie folgt geändert:


§ 6 Zusätzliche Entschädigung für die Tätigkeiten außerhalb von Sitzungen des Verwaltungsrates

- (3) Als Pauschbetrag für Zeitaufwand für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen (41 Abs. 3 SGB IV) erhalten der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates monatlich je **900 Euro**.

Art. 2

Die Änderungen zu **Artikel 1** treten nach Genehmigung durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zum **1. Januar 2025** in Kraft.

Berlin, den 12.12.2024



Roland Brendel
Vorsitzender
des Verwaltungsrates des
BKK Landesverbandes Mitte



Dr. Wolfgang Hoffmann
Stellvertretender Vorsitzender
des Verwaltungsrates des
BKK Landesverbandes Mitte